



Nachrichten aus dem Kreisverband Esslingen

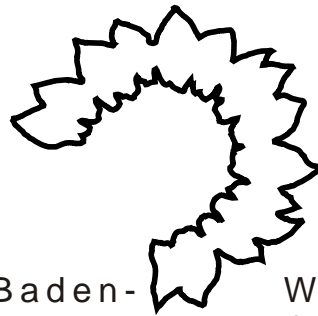
## Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Kulturtreff am Schafrain,  
Schafrain 2, Leinfelden-Echterdingen  
Donnerstag, 26. April 2012, 19.30 h

### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Agro-Gentechnik auf dem Rückzug?  
Harald Ebner (MdB, Sprecher für Agro-Gentechnik der Bundestagsfraktion) berichtet über aktuelle politische Entwicklungen.  
*Derzeit findet in Deutschland so gut wie kein Anbau von Gen-Pflanzen statt. Große Gentech-Firmen verlagern ihre Aktivitäten ins Ausland. Dennoch besteht kein Grund zur Entwarnung.*
3. Wahlen: vier Delegierte zum Landesausschuss am 23.6.12
4. Bericht zum Stand der Vorbereitungen zur Bundestagswahl
5. Aktuelles aus dem Landtag
6. AK 1.3, Filderabschnitt S21
7. Verschiedenes

**Bitte beachten:** Der Kulturtreff ist nicht bewirtschaftet, der OV Leinfelden-Echterdingen sorgt für Getränke und Gebäck



## Liebe Mitglieder....

zum Thema "ein Jahr Grün/Rot in Baden- Württemberg" bringen wir weiter hinten in diesem Kreisrund- brief einen Artikel der NtZ über eine Pressekonferenz unserer Land- tagsabgeordneten Andrea Lindlohr und Andreas Schwarz.

Für uns im Landkreis Esslingen ist die Politik des Gehörtwerdens auf den Fildern gerade hochaktuell. Hier geht es im bevorstehenden "Filder-Dialog" darum, für den Planabschnitt 1.3 von Stuttgart 21, der die Strecke von S-Rohr, durch Leinfelden-Echterdingen bis zum Flughafen und die dort geplanten Bahnhöfe umfasst, die bisherige Planung der alten Landesregierung und der Bahn durch die betroffene Bevölkerung kritisch zu prüfen und zu hinterfragen. Nach dem erklärten Willen der Projektpartner Land, Region, Stadt Stuttgart und DB AG, sich hier für andere Lösungen als die bisher bekannten offen zu zeigen, muss hier ausgelotet werden, wie weit die Bereitschaft geht, sich auf Änderungen, Verbesserungen oder gar den Verzicht auf Teile der Planung einzulassen. In Vorbereitung dieses dem eigentlichen Planfeststellungsverfahrens vorgeschalteten Prozesses haben Grüne aus dem Landkreis Esslingen, den Stuttgarter Stadtteilen Vaihingen und Rohr und dem Kreis Böblingen einen Arbeitskreis ("AK 1.3") gebildet, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten und im Filder-Dialog zu vertreten.

Klar ist, dass auf den Fildern nicht über den Tiefbahnhof in Stuttgart verhandelt oder entschieden wird. Auch können wir nach der Volksabstimmung nicht mehr das ganze Projekt in Frage stellen. Aber für diesen Bereich, in dem kein Baurecht besteht, weil die Bahn bisher keine für ein Planfeststellungsverfahren reifen Planunterlagen einreichen konnte, muss es möglich sein, neu nachzudenken und am Ende wenigstens hier oben etwas Vernünftiges zu erreichen.

Wir wollen die Interessen der Menschen auf den Fildern an zuverlässigem und leistungsfähigem S-Bahn-Verkehr, an der Erweiterung des Angebots des schienengebundenen Nahverkehrs, z. B. durch eine S-Bahn-Verbindung von Böblingen via Flughafen, Filderstadt, Neuhausen nach Wendlingen und weiter nach Esslingen in die Diskussion einbringen. Damit wäre dem Filderraum gedient, nicht mit schönen Versprechungen und bunten Bildern von Fernverkehr zum Flughafen, die mit tatsächlichen Verhältnissen hier nichts zu tun haben. Die DB weiß bis heute nicht, ob sie 2020 überhaupt noch mit Fernzügen von Zürich nach Stuttgart fahren will. Die Filderbewohner aber erleben täglich die Belastungen durch den Autoverkehr in diesem Raum. Dafür alternative Angebote auf der Schiene zu schaffen, ist angesagt.

Auch dieser Dialog wird - wie schon die Schlichtung - darunter leiden, dass er zu einem späten Zeitpunkt der Planungen kommt. Wieviel Spielraum besteht, bleibt abzuwarten, vor allem im Hinblick auf die Projektpartner Region (VRS) und Stadt Stuttgart. Dennoch ist es sicher ein Schritt in die richtige Richtung und einen Versuch wert.

Euer Kreisvorstand  
Uwe Janssen

## Für eine Politik des Gehörtwerdens

*mit freundlicher Genehmigung der Autorin aus der Nürtinger Zeitung vom 24. März 2012*

Die Grünen schreiben an einer Erfolgsgeschichte – das jedenfalls kann man der gestrigen Pressekonferenz entnehmen, die die Landtagsabgeordneten Andreas Schwarz und Andrea Lindlohr anlässlich einem Jahr Grün-Rot im Alten Rathaus in Esslingen einberufen haben.

Von Gaby Kiedaisch

ESSLINGEN. Gestern fehlte lediglich Winfried Kretschmann. Der Ministerpräsident war verhindert. Mittlerweile brauche man ein Jahr Vorlauf, um den stark beschäftigten Ministerpräsidenten einzuladen, wusste Hermann Sommer, Schatzmeister Bündnis 90/Die Grünen im Kreisverband, zur Entschuldigung des Dritten im Bunde, der wie seine Wahlkreiskollegen aus Kirchheim und Esslingen auch als Abgeordneter den Wahlkreis Nürtingen-Filder im Landtag vertritt.

Eine Erfolgsgeschichte sei die Energiewende nicht zuletzt, weil Umweltminister Franz Untersteller, ebenfalls Nürtinger, gute Arbeit leiste, sagte Sommer. Auch die Wirtschaft spreche ihm hohe Kom-

petenz zu genauso auf kommunal-politischer Ebene, wo man den Rückenwind spüre.

Als „Politik des Gehörtwerdens“ bezeichnete Andrea Lindlohr ihren Politikstil, den die Grünen beim Politikwechsel mit mehr Bürgerbeteiligung angekündigt hatten. Bei dem von ihr ins Leben gerufenen „Esslinger Dialog“ diskutiere sie mit Experten und Bürgern über Bildungspolitik und Energiewende. Doch auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag weiß nur zu gut, „ohne Geld ist alles nichts“. Deshalb werden die Grünen auch daran gemessen, wie nachhaltig sie mit den Finanzen umgehen. Nur durch Einsparungen konnte die Deckungslücke des Haushalts geschlossen werden, mit den hohen Steuereinnahmen des vergangenen Jahres habe die Koalition eine Sanierungsrücklage gebildet, mit der die dringend anstehenden Sanierungen von Landesgebäuden und löchrigen Straßen durchgeführt werden können. Es gelte das Motto „Erhalt der Infrastruktur geht vor Neubau“, erklärte Andreas Schwarz, Abgeordneter des Wahlkreises Kirchheim und Leiter des Arbeitskreises Verkehr und Infrastruktur. Die finanzpolitischen Spielräume werden enger. „Die nächsten Jahre werden nicht

einfacher“, so die wirtschafts- und wohnungspolitische Sprecherin Andrea Lindlohr zum Landeshaushalt, zumal das strukturelle Haushaltsdefizit von 2,5 Milliarden Euro bis 2020 abgebaut werden muss.

### **Die Energiewende bestimmt die wirtschaftspolitische Debatte**

Mit das wichtigste Thema, das die wirtschaftspolitische Debatte im Land bestimmt, ist die Energiewende. Den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Land wollen die Grünen von derzeit 17 auf 38 Prozent im Jahr 2020 steigern. „Bei der Windkraft müssen wir viel aufholen“, sagte Lindlohr mit Blick auf die „Verhinderungspolitik der Vorgängerregierung“. Deshalb müsse ihr Anteil von derzeit 1 auf 10 Prozent bis 2020 erhöht werden. Dafür soll die Novelle des Landesplanungsgesetzes im Mai beschlossen werden. Die Regionalverbände können dazu weitere Gebiete für Windkraftanlagen ausweisen. Bisherige Ausschlussgebiete verlieren bis Beginn 2013 ihre Gültigkeit, wonach weitere Flächen für Windkraft ausgewiesen werden können. Danach haben die Kommunen mehr Freiheiten, sie können selbst eruieren, wo sie Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen können. Aber auch die Bürger sollen sich hier einbringen. Auf dem Schurwald könnten alsbald zehn Windkraftträder erstellt werden. Ebenso auf der Schwäbischen Alb, abgesehen von den Naturschutz- und Natura-2000-

Gebieten. „Seit der Energiewende herrscht großer Aufbruch im Land“, beschreibt Lindlohr die Stimmung und meint damit genauso den Anstoß der Grünen für die energetische Sanierung von Landesgebäuden, die dem Handwerk zusätzliche Aufträge bringt und neue Arbeitsplätze schafft.

Eine Erfolgsgeschichte für die Grünen ist auch die Kleinkindbetreuung. Dafür hat das Land die Zuweisungen um 315 Millionen Euro an Städte und Gemeinden erhöht. Damit wurde die Förderung für die Kleinkindbetreuung um mehr als das Doppelte erhöht. So wird beispielsweise die Stadt Wendlingen 190 000 Euro jedes Jahr mehr zur Verfügung haben, die Stadt Nürtingen 632 000 Euro und Aichtal 111 000 Euro, erläuterte Andreas Schwarz in der Pressekonferenz. Weitere 15 Millionen erhalten die Kommunen für die Schulsozialarbeit und auch die Schülerbeförderung hat Grün-Rot um 20 Millionen Euro erhöht.

Mit Reformversprechungen sind die Grünen in der Schulpolitik angetreten. Ihr Anliegen ist die individuelle Förderung von Kindern in allen Schularten. Damit soll der Nachteil des sozialen Status wettgemacht werden. Gleichzeitig soll den Kommunen mehr Entscheidungsspielraum bei der Schulentwicklung zukommen. Die Gemeinschaftsschule ist eines der Beispiele dafür. Die Bildungsstandards müssen hier für alle gleich



**Vom Land 315 Mio € mehr für die Kleinkindbetreuung!**

**Foto: Ines Friedrich / pixelio.de**

sein, sodass im Anschluss an Klasse 10 auch das Abitur an der Gemeinschaftsschule oder an einem Gymnasium absolviert werden kann. Unter den 40 Starter-schulen seien bislang im Landkreis Esslingen keine dabei, erklärte Schwarz. Allerdings werde aus Esslingen, Deizisau, Kirchheim Interesse bekundet. Und auch in Köngen zeigt man Tendenzen dazu.

Angesichts dessen, dass 30 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes vom Verkehr stammen, wollen die Grünen eine umweltorientierte nachhaltige Verkehrspolitik. Deshalb soll der Verteilerschlüssel umgekehrt werden: Künftig sollen statt 40 Prozent 60 in den öffentlichen Personennahverkehr wie

Schiene, Bus und Radverkehr investiert werden und nicht wie bisher in den Straßenbau, erläuterte Schwarz.

Positiv bewertet Andrea Lindlohr die Politik des Gehörtwerdens, sie komme gut an im Land. Die Bürger sollen sich mehr für ihr Land interessieren und sich politisch beteiligen. Die Volksabstimmung sei dafür ein gutes Beispiel gewesen, meinte Lindlohr. Zwar sei die Ablehnung des Kündigungsgesetzes für die Grünen eine Niederlage gewesen, „aber für die Bürgerbeteiligung war es ein Erfolg“. Mit 62,3 Prozent Beteiligung im Kreis Esslingen sei sie überdurchschnittlich hoch gewesen.



Grüne RätInnen in Kreis und Stadt forderten sie seit Jahren:

---

## Kommt eine Krankenhausfusion?

Die Kreiskliniken Esslingen und das Städtische Klinikum Esslingen sollen künftig kooperieren oder gar fusionieren. Die Gremien der beiden Träger Kreis und Stadt verhandeln. Schon seit Jahren drängen die grünen Fraktionen auf eine gemeinsame Lösung.

Für die Kreistagsfraktion sagt **Andreas Schwarz:**

"Krankenhauspolitik steht im Spannungsfeld zwischen optimaler medizinischer Versorgung der Patientinnen und Patienten und der Notwendigkeit, diese Leistungen wirtschaftlich zu erbringen.

(...) wir fassen heute einen Grundsatzbeschluss, dass wir den Betrieb und die Bewirtschaftung aller fünf öffentlicher Kliniken im Landkreis aus einer Hand für den Weg der Zukunft ansehen.

(...)Die gesamte Krankenhauslandschaft ist seit Jahren in Bewegung und wird auch künftig in Bewegung bleiben. In Anbetracht der Lage der öffentlichen Haushalte und dem Gebot einer nachhaltigen Finanzpolitik muss das Kriterium der Wirtschaftlichkeit stärker ins Bewusstsein rücken.(....)

Wir freuen uns, dass nach Ostern der erste Runde Tisch durchgeführt werden soll. Ziel der Gespräche muss es sein, die Planung der stationären medizinischen Versorgung im gesamten Kreisgebiet

gemeinsam zu bestreiten.

Wir stellen uns vor, dass am Ende der Gespräche der Rahmen für eine gemeinsame Gesellschaft – getragen von Landkreis und Stadt Esslingen – feststeht. Dann ist es möglich, dass unsere Häuser gemeinsam in eine Tasche wirtschaften und daher das Leistungsangebot und die Investitionen untereinander abgestimmt werden.

Daher ist die Entscheidung des Kreistages, heute nicht für oder gegen Plochingen zu votieren, richtig. Wie Plochingens Zukunft aussehen könnte, kann allerdings zum heutigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Plochingen wird selbstverständlich in die Strukturdiskussion, die wir nun gemeinsam mit dem Klinikum der Stadt Esslingen zu führen beginnen, und in die Überlegungen für eine gemeinsam erbrachte medizinische Leistung aller Häuser im Kreis mit einbezogen werden. Ebenso sollte in einem späteren Schritt auch der Blick auf die Filderklinik gerichtet werden – auch wenn wir um deren besondere Ausrichtung wissen.

Bis zum Sommer brauchen wir erste Vorschläge,

- wie die künftige gemeinsame Gesellschaft konkret aussehen soll?

- Wie soll der Gesellschaftsvertrag

aussehen?

- Wie wird die Kooperation auf Augenhöhe sichergestellt?

Wir sehen aber auch weitere Aufgaben für die gemeinsame Arbeitsgruppe:

- Wie stellen wir sicher, dass wir keine Patienten verlieren und in der gemeinsamen Gesellschaft eine hohe Qualität in der medizinischen Versorgung anbieten?

- Auch die Beschäftigten brauchen Planungssicherheit.

(...)Es ist eine Vernunftentscheidung. Wir wollen die Strukturen und das Leistungsangebot aufeinander abstimmen, weil es für die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten im Kreis richtig ist.

(...)Wir wollen gemeinsam stark werden, auch um der Konkurrenz aus anderen Kreisen und Regionen zu begegnen – anstatt uns gegenseitig Konkurrenz zu machen.

(...)Wir wollen für beide Partner faire und zielgerichtete Bedingungen schaffen.

Wir wollen, dass beide Partner offen und vertrauensvoll miteinander umgehen können.

Wir wollen für beide Partner eine Beziehung auf Augenhöhe, um dauerhaft eine gute medizinische Krankenhausversorgung im Landkreis zu sichern.

Dazu wird die erste gemeinsame Gesprächsrunde am 23.4. beitragen.

Der nächste Schritt muss sein, das Leistungsangebot aufeinander abzustimmen (auch unter Ein-

beziehung der Filderklinik und der Aerpah-Klinik) und in einer noch zu wählenden Gesellschaftsform zusammen zu arbeiten.(...)"

Für die Esslinger Gemeinderatsfraktion sagt **Carmen Tittel:**

"Die Region ist überversorgt mit stationären medizinischen Einrichtungen. Stuttgart, Rems-Murr, Göppingen und Tübingen konkurrieren mit Esslingen (Stadt und Kreis) um Patienten. Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung wird sich in Zukunft nicht verbessern. Eher das Gegenteil ist zu befürchten. Daher müssen die Esslinger miteinander solide, starke und medizinisch aufeinander abgestimmte Strukturen schaffen, um auch in Zukunft – auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – wirtschaftlich, als kommunale Häuser bestehen zu können.

- Ob es dabei zu einer Fusion der Häuser kommt oder einer Klinikholding oder anderer wirtschaftlicher Verflechtungen, muss nicht zum jetzigen Zeitpunkt entschieden werden. (...)

- Wichtig ist, dass die Planungen schon jetzt aufeinander abgestimmt werden. (...) Fusion alleine – lediglich aus finanziellen Gründen – führt nicht zum Erfolg.

Es gibt viele gute und viele schlechte Beispiele gelungener und gescheiterter wirtschaftlicher Verflechtungen von Stadt- und Kreiskliniken in Ba-Wü und in der ganzen Republik. Daher sollten wir aus den guten und gelungenen Beispielen lernen. (...)

## Wege zur Gemeinschaftsschule

Rund hundert interessierte Bürgerinnen und Bürger folgten am 29. Februar meiner Einladung zum Esslinger Dialog ins Alte Rathaus, der diesmal unter dem Motto „Welche Schule wollen wir?“ stand.

Mit einem hervorragend besetzten Podium aus Lehrpraxis, Wissenschaft und Politik und mit dem Publikum diskutierte ich über die Möglichkeiten und Chancen individueller Förderung und längerer gemeinsamen Lernens.

Rudolf Bosch aus dem Kultusministerium stellte klar, dass nur dort Gemeinschaftsschulen entstünden, wo dies auch gewünscht werde: „Die Schulen müssen hierzu ein pädagogisches Konzept vorlegen.“

Dr. Friedrichsdorf aus Tübingen setzt die individuelle Förderung in heterogenen Lerngruppen mit

SchülerInnen aller Schularten in einem Projekt bereits um: „Leistungsstarke und -schwächere Schüler profitieren beide beim gemeinsamen Probleme lösen dies ist eine Win-Win-Situation.“

Bildungsforscher Prof. Zenke wies darauf hin, dass die Schule sich an die Schüler anpassen müsse und nicht etwa umgekehrt.

Die Leiterin der Realschule Oberesslingen, Mariana Vanek, sieht eine große Herausforderung bei den Lehrern selbst. Wenn deren Rollen sich entsprechend verändern, sieht sie die Gemeinschaftsschule auf Erfolgskurs.

Die Veranstaltung konnte offensichtlich wichtige Impulse setzen, denn in einigen Esslinger Schulen wird nun der Schritt zur Gemeinschaftsschule offen diskutiert.

Andrea Lindlohr MdL



Im Dialog: Prof. Karl Zenke, Mariana Vanek, Andrea Lindlohr MdL, Rudolf Bosch und Dr. Joachim Friedrichsdorf.  
Foto: Andreas Fritz



## Feuerwehrführerschein

Mit dem Feuerwehrführerschein soll die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste und sonstiger Einheiten des Katastrophenschutzes aufrechterhalten werden. Den Mitgliedern der genannten Organisationen soll ermöglicht werden, Einsatzfahrzeuge bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 t auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung innerhalb der Organisation zu führen.

Seit 1999 erlaubte die Fahrerlaubnis der Klasse B nur noch das Führen von Fahrzeugen bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t. Im Jahr 2006 eröffnete dann eine EU-Richtlinie eine Ausnahmemöglichkeit. In 2009 führte eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes auf Bundesebene zur Fahrerlaubnis von Fahrzeugen bis 4,75 t, das Landesrecht wurde daraufhin angepasst und trat am 6.1.11 in Kraft.

Es zeigte sich, dass diese Regelung nicht ausreicht, da ein Trend zu immer schwereren Fahrzeugen durch schwerere Fahrgestelle, umfangreichere Beladung und größere Löschwasserbehälter besteht.

Daher trat am 23. Juni 2011 das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes in Kraft, unter anderem mit einer Fahrerlaubnis für Fahrzeuge bis 7,5 t

Die für die landesrechtliche Umsetzung erforderliche Verordnung soll jetzt durch die Landesregierung erlassen werden. Parallel zum Gesetzentwurf und zum Verordnungsentwurf erfolgt die Anhörung der Verbände und Institutionen.

Die nun geplante Änderung bedeutet für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte einen Mehrwert,



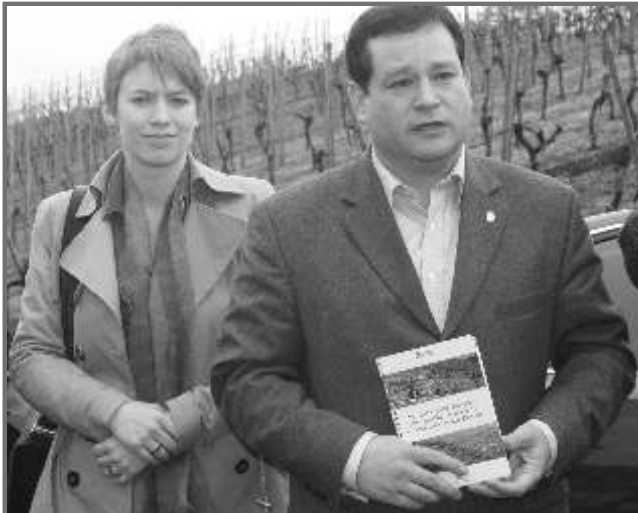
Foto: Ruth Rudolph / pixelio.de

denn sie können im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine reguläre Fahrerlaubnis erwerben, die sie später auch privat nutzen können. Damit wird das Ehrenamt in diesem Bereich attraktiver. Auch für die betroffenen Organisationen ist diese Regelung von Vorteil. Es wird ihnen ermöglicht, ihre Angehörigen im Rahmen der vorhandenen Strukturen organisationsintern und kostengünstig zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis 7,5 t auszubilden und zu prüfen. Von dieser geplanten Neuregelung profitiert die Gesellschaft insgesamt.

Andreas Schwarz MdL

## Kulturerbe, Biotop und Tourismusmagnet

Im März war der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Alexander Bonde, auf meine Einladung hin zu Besuch



Unterwegs im Wengert

Foto: Andreas Fritz

bei den Esslinger Weingärtnern. Von deren Vorstand Albrecht Sohn und Weinbauverbandspräsident Hermann Hohl ließen wir uns über die aktuelle Situation des Steillagenweinbaus informieren. Für uns steht fest: „Die Steillagen sind prägend für das Landschaftsbild unserer Stadt, und wir wollen dieses Kulturerbe unbedingt erhalten. Neben guten Reblagen sind sie auch geschützte Biotope und geben einer Vielzahl von zugewanderten, teilweise bedrohten Pflanzen und Tierarten eine neue Heimat.“

Auch vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des Steillagenweinbaus setzt sich die grünrote Landesregierung gegen die Auf-

hebung des Anbaustopps für Reben auf europäischer Ebene ein: Denn sonst wären unsere gewachsenen Weinbaukulturlandschaften, insbesondere unsere Steillagen, akut bedroht. Zugleich müssten wir einen Rückschlag in Sachen Nachhaltigkeit befürchten, denn auch hier haben Steillagen eine Vorbildfunktion. Derzeit wird der Steillagenweinbau mit bis zu 350 Euro pro Hektar und Jahr von EU und Land gefördert. Auch der Erhalt der Trockenmauern und das Wissen darum ist ein wichtiges Anliegen.

Deshalb wurde eine neue Broschüre zum Erhalt und Wiederaufbau der Trockenmauern herausgegeben und eine mobile Trockenmauerschule wird zukünftig vor Ort informieren.

Der Minister zeigte sich ebenso wie ich von den zahlreichen Aktivitäten der Esslinger Weingärtner beeindruckt. Ich glaube, dass die Steillagen ein großes Potential für den Tourismus in Esslingen haben, was der Esslinger Weinwandertag jedes Jahr beweist. Schließlich freute sich Minister Bonde über eine Merlot-Rebenpatenschaft, die ihm die Esslinger Weingärtner übergaben.

Andrea Lindlohr MdL

## Lehrerschaft und Eltern gut vertreten

Eine Gemeinschaftsschule wäre eine Bereicherung für die Schul-landschaft Ostfilderns. Zu dieser gemeinsamen Feststellung kamen die vier Diskutierenden auf dem Podium im Stadthaus vor über 50 Zuhörenden. Unter diesen waren viele Lehrerinnen und Lehrer und die Leitungen fast aller weiterführenden Schulen zu begrüßen.

Die Landesregierung wird die Möglichkeit für Gemeinschaftsschulen jetzt im Schulgesetz als ein zusätzliches Angebot an Lehrkräfte, Eltern und Schulträger verankern; dies heiße nicht, dass der Schultyp nun flächendeckend übergestülpt wird. Andrea Lindlohr, MdL, erläuterte Rahmenbedingungen sowie Auswahlkriterien für die mittlerweile 40 Starterschulen im Land.

Die große Abhängigkeit des Schulerfolgs vom Bildungsstandard der Herkunftsfamilie will Norbert Bauer von der GEW mit Hilfe der Gemeinschaftsschule durchbrechen. Sortieren, Entmutigung, Versagenserleben, Abschuler, Sitzbleiber – diese Übel des dreigliedrigen Schulsystems sollen überwunden werden.

Wie es funktionieren kann, dass in Wissen, Auffassungsgabe, Reife und Lernbereitschaft sehr heterogene Klassen gemeinsam unterrichtet werden können, schilderte Susanne Werner, Grundschullehrerin, anhand ihrer praktischen

Erfahrungen mit ihrer vier Jahrgänge übergreifenden Klasse an der Scharnhäuser Wasenäckerschule. Dort setzt sie mit viel Engagement die Montessori-Methode ein. Viel Engagement, das wurde deutlich, ist durchaus notwendig. Doch Hauptschullehrkräfte im Publikum machten andererseits auch klar, dass sie dazu bereit wären.

Von einer überlaufenden Realschule in Nellingen berichtete deren Leiter Markus Fritz. Eine Zuspitzung erfährt die große Nachfrage nach Realschulplätzen regelmäßig in den Klassen 7 bis 9, wenn am Gymnasium Aussortierte eine neue Schule suchen. Auch ihn beschäftigt die extreme Korrelation zwischen Herkunft und Schulabschluss.

Den integrativen und inklusiven Anspruch der Gemeinschaftsschule, auch als Begegnungsraum und „sozialer Klebstoff“ zwischen Bildungsbürgertum und Bildungsfernen, machte die weitere facettenreich Diskussion deutlich, die von Marco Spurk geleitet wurde. Ebenso kristallisierte sich heraus, dass die Gemeinschaftsschule immer mit Abitursoption gedacht werden sollte. „Lasst doch den G8-Zug an den Gymnasien weiterlaufen und entwickelt die Gemeinschaftsschule zur neunjährigen Alternative“ forderte Baur zusammenfassend.

Sonja Abele, OV Ostfildern

## Gesucht: Redaktionsteam für Kreisrundbrief

Der Kreisvorstand möchte den Kreisrundbrief gerne weiterentwickeln: gestalterisch aufwerten, konzeptionell überdenken, inhaltlich interessanter machen und lebendiger aus dem Kreisverband berichten.

Dazu suchen wir interessierte Mitglieder, die diese Aufgabe in einem Redaktionsteam mit Andreas Hamm (Kreisvorstand) und der Kreisgeschäftsführerin Sonja Abele angehen wollen. Wer Lust hat sich dieser Aufgabe konzeptionell, redaktionell oder gestalterischen engagiert anzunehmen oder erst über Aufgabe und Umfang reden will, wendet sich an Andreas Hamm (0711-3168951/ andreas@andreashamm.de).

## Terminkalender

Do	19. April	Andreas Schwarz berichtet aus dem Landtag, Wahlkreisbüro, Postplatz 7 in Kirchheim, 19h
Do	26. April	KMV mit Harald Ebner MdB, Leinfelden-Echterdingen, Kulturtreff Schafrain 2, 19.30 h
Do	3. Mai	"Neue Wege in der Bildungspolitik. Auch in Aichwald?" Gespräch mit Bürgermeister Nicolas Fink, Rektor der GHS Aichwald Wolfgang Bihl und Andrea Lindlohr MdL. VA des OV Aichwald in der Ortsbücherei Schanbach, 19 h
Sa	5. Mai	Erster Kommunalpolitischer Ratschlag für MandatsträgerInnen, UZ Plochingen
Di	22.Mai	Grüner FrühjahrsTreff Wahlkreis Esslingen, Ort N.N., 19 h
Mi	23.Mai	„Die Energiewende“ mit Andrea Lindlohr MdL. Veranstalter: Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), Gemeindesaal Kath. Kirche Aichschieß, 20 h
Mi	13.Juni	Bürgersprechstunde Andrea Lindlohr MdL, Wahlkreisbüro, Bahnhofstr. 31, 73728 Esslingen, 18 h
Sa	23. Juni	Landesausschuss mit Leitantrag zur Energiepolitik in Heilbronn
WE	30. Nov.	LDK in Böblingen

### Impressum: GrünES - Mitgliederrundbrief

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Esslingen, Plochinger Str. 8, 72622 Nürtingen, Tel: 07022/35851, Fax: 07022/931509, mail@gruene-es.de; www.gruene-es.de

Ausgabe: 1,2012; Auflage: 430

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Der Rundbrief wird an Haushalte mit mehreren Mitgliedern nur einmal verschickt, nur auf ausdrücklichen Wunsch auch mehrfach, und ist auch als Download auf unserer Homepage einzusehen.

**Kreisbüro Öffnungszeiten:** Mo, Di, Do: 9.00 bis 12.00 Uhr, Di: 13.00 bis 15.00 Uhr